

Die Anregung des MdB, Dr. Alexander Soranto Neu vom 18.07.2017, Jugendliche, bei denen die Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr bevorsteht, werden ebenso wie deren Eltern angeschrieben und über die beabsichtigte Datenweitergabe informiert, wird als **unzulässig** zurückgewiesen, da es sich hier bereits um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen handelt.